NACH DER KOHLE:

Das Rheinland der Gemeinschaft bauen

Vor dem Lesen...

Diese Broschüre gibt es, um zu zeigen, dass wir alle gemeinsame Ziele verfolgen.

Zu diesem „Wir“ gehören die **Bewohner*innen der von der Braunkohle bedrohten Dörfer,** die ihre Heimat in einer lebenswerten Umgebung erhalten wollen.

Wir, das sind auch die **Arbeiter*innen bei RWE,** die ihre wirtschaftliche Existenz und ihre Familien sichern möchten, und für die ihre Arbeit einen wichtigen Lebensinhalt darstellt.

Wir, das ist die **Klima-Gerechtigkeits-Bewegung,** die mit vielfältigen Aktionsformen schon lange für eine ökologische und soziale Zukunft kämpft.

Und wir, das sind nicht zuletzt alle **Menschen, die im Rheinland leben** – und sich eine Gesellschaft wünschen, die gerecht und nachhaltig ist.

Es geht uns allen um das gute Leben – für uns und für Alle.

Wir möchten Ihnen unsere Vision für einen solidarischen Strukturwandel im Rheinland zeigen.

Was Sie gleich lesen werden, ist ein Vorschlag, eine Diskussionsgrundlage. Niemand hat die Wahrheit gepachtet. Wir möchten Ihnen unsere Vision für einen solidarischen Strukturwandel im Rheinland zeigen. Wir haben diese Vision in den letzten Monaten mit Anwohner*innen des Reviers, mit Gewerkschafter*innen und Aktiven aus der Klima-Gerechtigkeits-Bewegung diskutiert – und wollen das auch weiter tun.

Auf der Suche nach Lösungen hat uns der Gedanke der Klima-Gerechtigkeit geleitet. Die Klimakrise trifft uns alle – aber unterschiedlich stark, je nachdem, ob wir in Dhaka (Bangladesh), in Erkelenz-Keyenberg oder in Köln leben. Wir wollen, dass im Globalen Süden niemand Leben, Haus oder Gesundheit durch die CO2-Emissionen aus den Industriestaaten verliert. Aber auch, dass niemand, der vorher mit der Kohle seinen

Lebensunterhalt verdient hat, in Armut lebt. Uns stellte sich die Frage: **Schnellstmöglicher Kohleausstieg, ja – und was dann?**

Beispielhaft wollen wir diese Frage anhand der Themen Arbeitsplätze, Energieerzeugung und gesellschaftliches Miteinander besprechen. Dabei gehen unsere Ideen über das hinaus, was unmittelbar politisch oder wirtschaftlich machbar scheint. Aber das heißt nicht, dass sie nicht umsetzbar sind – wenn sich die politischen Kräfte verschieben. **Wir wünschen uns ein „Rheinland der Gemeinschaft", in dem Solidarität, gegenseitige Hilfe und Nachhaltigkeit groß geschrieben werden.**

Wir hoffen, dass Sie beim Lesen viel Spaß haben und auf neue Gedanken kommen – und wir diese bald zusammen diskutieren können.

Die Autor*innen am 16. Oktober 2019

*Wir benutzen in dieser Broschüre den Gender-Star (z.B. Lehrer*innen), um Menschen jeglicher Geschlechtsidentität anzusprechen.*

08
Energie und Energiedemokratie

35
Exkurs Basisdemokratie

24
Arbeiten im Revier

RWE

20 **Exkurs Vergesellschaftung**

INHALT

38 Zusammen alles erreichen

50 Exkurs Kollektivbetriebe

03 Vorwort

54 Zahlen zur Enteigung

57 Impressum

58 Nachwort

60 Glossar

67 Endnoten

68 Über diese Broschüre

70 Fotonachweise

Energie und Energiedemokra

Windräder auf einer Wiese in Mettlach im Saarland.

tie

Energiedemokratie bedeutet, sicherzustellen, dass jede_r Zugang zu genug Energie hat. Die Energie muss jedoch so produziert werden, dass sie weder Umwelt noch Menschen schädigt oder gefährdet.“

Lausitzcamp,
August 2012

Die Idee der Energiedemokratie wurde von Teilnehmer*innen des Klimacamps Lausitz bereits 2012 formuliert. Seither gab es viel Bewegung in der gesellschaftlichen Debatte um Energie und Klimakrise – unsere Ziele sind geblieben. Um sie zu erreichen, muss unsere Energieversorgung dreierlei sein: **Sozial – ökologisch** – und **demokratisch.** Es stellt sich die konkrete Frage: Wie wollen wir Energiedemokratie im Rheinland umsetzen?

Ökologisch

Seit der Klimakonferenz in Paris sind sich die Staaten der Welt einig: Wenn die Klimakrise nicht unkontrollierbar werden soll, müssen wir die Erderwär-

Durch die Klimakrise werden extreme Wettereignisse stark zunehmen.

mung auf 1,5°C begrenzen. Für unsere Gesellschaft bedeutet das: Erstens die schnellstmögliche Abschaltung aller Kohlekraftwerke. Zweitens einen massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien. Besonders im Rheinland sind das große Herausforderungen – die wir aber meistern können.

Laut einer Studie von Greenpeace Energy wäre bei einer Nutzung der Tagebau-Restseen für Erneuerbare Energien eine Stromproduktion von ca. 15,3 TWh[1] jährlich möglich, was knapp einem Viertel der aktuellen Produktion[2] entspricht. Bis zu 1000 Arbeitsplätze[3] könnten dadurch entstehen. Hinzu kommt noch das Ausbaupotential im restlichen Revier. Da

Energieerzeugung zukünftig dezentral auf alle Regionen verteilt sein soll, hätte das Rheinland damit seinen Teil zur Versorgung beigetragen.

Sozial

Im heutigen, technologischen Zeitalter steht für uns fest: Energie ist ein Grundrecht, das niemandem entzogen werden darf. Leider sieht dies unter den momentanen Wirtschaftsbedingungen anders aus: 343.000 Stromabklemmungen[4] bei Haushaltskund*innen gab es allein 2017. Das zeigt: Energiearmut existiert auch in Deutschland. Aber wir meinen: Niemand darf aufgrund von Armut keinen Zugang zu Strom haben!

Den Stromverbrauch allein durch hohe Strompreise zu senken, ist unsozial. Wer reich ist, kann weiter beliebig verbrauchen, wer arm ist, bekommt den Strom abgestellt. Eine Alternative wären z.B. sogenannte Stromanteile. Jede*r erhält einen fairen Anteil der produzierten Ener-

Tausende Menschen können hierzulande ihre Stromrechnung nicht bezahlen.

gie, am besten kostenlos – also völlig unabhängig von der Zahlungskraft. Diese Anteile müssen sich natürlich am Bedarf messen, der in bestimmten Lebenssituationen höher sein kann, etwa wenn Kleinkinder im Haushalt sind und die Waschmaschine oft läuft. Zugang zu elektrischer Energie ist ein Grundrecht und sollte kostenlos sein!

Demokratisch

Ökologische und soziale Energieproduktion können wir aber nur erreichen, wenn wir, die direkt betroffenen Menschen vor Ort, die Kontrolle über die Stromerzeugung haben. Wenn wir diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe einem profitorientierten Unternehmen überlassen, geht das schief.

Das hat uns die RWE-Vergangenheit des Rheinlands deutlich gezeigt. Dasselbe gilt für den Staat, der viel zu oft wirtschaftliche Interessen bevorzugt. Wie aber setzen wir eine demokratische Verwaltung und den Übergang dorthin um?

Durch die Enteignung von RWE zurückgewonnenes Geld könnte zur Absicherung der RWE-Beschäftigten verwendet werden.

Der erste Schritt sollte eine Enteignung des Energiekonzerns RWE sein, eingeschlossen der Tochter RWE Power. ▶ ***Exkurs Vergesellschaftung***

Vergesellschaftung der RWE

Bei einer Auflösung und Vergesellschaftung von RWE sollten Kommunen (die ca. 15% des Unternehmens besitzen) und private Kleinaktionär*innen natürlich für ihre verlorenen Anteile entschädigt werden. Der Löwenanteil des Kapitals – bis zu 7,5 Milliarden Euro[5] – sollte jedoch für gesellschaftliche Zwecke genutzt werden.

Die Kohlekraftwerke sollten rück- oder umgebaut werden. Das Konzept „RheinRevierWende“ von Greenpeace Energy schlägt die Verwaltung und

Durchführung durch eine sogenannte Flächengesellschaft vor. Teil von dieser wäre eine Beschäftigungsgesellschaft ***(▶ Kapitel Arbeiten im Revier)***. Die Flächengesellschaft wäre dann auch für die **Renaturierung** verantwortlich. Es ist bedauerlich, dass dies damit eine gesellschaftliche Aufgabe wird – aber aus dem Atomausstieg haben wir gelernt, dass die Kosten auch beim Business-as-usual irgendwann auf unseren Schultern landen. Wir vertrauen der RWE-Konzernführung nicht mehr und werfen sie schon vorher raus.

Darüber hinaus sollten **Flächen,** die RWE im Revier aufgekauft hat, an die Landwirt*innen zurückgehen, die sie auch bewirtschaften. Das durch die

Die Renaturierung von Flächen, wie hier bei der Sophienhöhe, muss organisiert werden.

Rekommunalisierung der Energieerzeugung wäre eine alternative Organisationsform.

Enteignung zurückgewonnene Geld könnte zur **Absicherung der RWE-Beschäftigten** verwendet und die wenigen bestehenden **erneuerbaren Kraftwerke** zur gemeinschaftlichen Energiegewinnung genutzt werden.

Nach diesem Schritt stellt sich die Frage: **Wie wollen wir bestehende und neugebaute Kraftwerke für erneuerbare Energien, z.B. Windräder und Solaranlagen, demokratisch verwalten?** Und wie die Flächengesellschaft?

Rekommunalisierung Eine Möglichkeit ist die Übernahme der erneuerbaren Energieerzeugung durch die Kommunen, z.B. mittels eines gemeinsamen Stadtwerkes. Dort sind bereits

viele Strukturen vorhanden, die zur Verwaltung benötigt werden. Großer Nachteil ist jedoch, dass Kommunalpolitiker*innen Teil der heutigen politischen Strukturen sind, die uns das Problem erst beschert haben. Ihr Handeln ist nicht transparent, und sie folgen oft den Vorgaben von Unternehmen und wohlhabenden Einzelpersonen.

Jedoch: Anders als auf der Bundesebene ist bei Kommunen mehr Einflussnahme und Kontrolle durch die Menschen vor Ort möglich, hier können wir sozial-ökologische Politik leichter durchsetzen.

Energiegenossenschaft Eine Genossenschaft wäre für eine demokratische Energieversorgung sehr viel besser geeignet. In einer „Energiegenossenschaft Rheinland“ könnten alle in der Region lebenden Menschen Mitglied werden. Das Stimmrecht

Genossenschaften sind gut für eine demokratische Energieversorgung geeignet.

sollte unabhängig von der Höhe der Einlage sein, sodass demokratisch über das Wirtschaften entschieden werden kann. Die durch Enteignung und Neubau zur Verfügung stehenden erneuerbaren Kraftwerke würden in die Genossenschaft überführt.

Ein sozial-ökologisches Verhalten des Betriebs wird auch dadurch erleichtert, dass eine Genossenschaft im Gegensatz zu einer Aktiengesellschaft nicht unter Profitzwang steht. Trotzdem besteht natürlich ein Marktdruck von außen, der zu Problemen führen wird – die Frage nach dem richtigen Wirtschaftssystem wird hierdurch nicht gelöst. Eine Genossenschaft ist aber zum Glück – ähnlich wie ein Kollektivbetrieb – sehr gut für den Übergang in eine Gesellschaft geeignet, in der Profit und Wachstum keine Rolle mehr spielen werden. Und sie ist ein zentraler Bestandteil eines **Rheinlands der Gemeinschaft.**

Ein sozial-ökologisches Verhalten wird dadurch erleichtert, dass eine Genossenschaft nicht unter Profitzwang steht.

Lasst uns den besten Weg gemeinsam finden!

Ausblick

Für die Frage, wie unsere Energieerzeugung umgebaut werden soll, lässt sich keine Antwort finden, die absolut sicher funktioniert. Aber: Das gilt für alle Pläne, auch für die, die der Staat oder RWE präsentieren. Ein Strukturwandel im Rheinland funktioniert nur eingebettet in eine bundesweite Energiewende. Eine dezentrale, demokratisch kontrollierte Energieversorgung bietet uns gleichzeitig die größte Sicherheit und die besten Chancen – Sicherheit vor Ausfällen und Unternehmenswillkür, Chancen auf Mitbestimmung und ein gutes Leben.

Den besten Weg dorthin können wir nur durch Gehen finden – also lasst uns gemeinsam aufbrechen!

EXKURS

VERGESELLSCHAFTUNG

Vergesellschaftung? Ist das nicht eine autoritäre Maßnahme aus dem letzten Jahrhundert? Der Ruf dieses Begriffs ist tatsächlich nicht gut in diesen Zeiten. Dabei ist Vergesellschaftung weiterhin politischer Alltag – nur nicht so, wie wir uns das wünschen: Die BRD missbraucht z.B. das Konzept der Enteignung, um im Rheinland den Kohleabbau durchzusetzen.

Demonstration während eines Generalstreiks am 10. November 1918 in Leipzig.

Was ist also Vergesellschaftung, ganz allgemein? **Der Entzug**

von Eigentum, um es dem gesellschaftlichen Nutzen zuzuführen, oder **große Schäden und Ungerechtigkeiten zu verhindern.** Sie kann also ein wirksames Mittel sein, um Umwelt und Gesellschaft vor Ausbeutung zu schützen! Hierfür muss sie sich ausschließlich gegen Unternehmen richten, nicht gegen persönlichen Besitz.

Chancen

Unternehmen wie RWE haben ihren Reichtum über Jahrzehnte auf Kosten ihrer Arbeiter*innen und der Umwelt aufgehäuft. Obwohl das für die Wiedergutmachung der Schäden und die Schaffung einer basisdemokratischen Produktion sehr wichtig wäre, geben sie ihn

Vergesellschaftung ist unsere Möglichkeit, durch gesellschaftlichen Druck trotzdem an diese Ressourcen zu kommen – das können Geld, Gebäude, Ackerflächen oder Fahrzeuge sein.

nicht freiwillig wieder her. Das widersprüche ganz einfach den Marktzwängen, denen sie folgen müssen. Vergesellschaftung ist unsere Möglichkeit, durch gesellschaftlichen Druck trotzdem an diese Ressourcen zu kommen – das können z.B. Geld, Gebäude, Ackerflächen oder Fahrzeuge sein.

Wichtig ist: Vergesellschaftung heißt nicht Verstaatlichung! Es braucht die Kontrolle der Ressourcen durch die direkt betroffenen und beteiligten **Menschen vor Ort.** Möglichkeiten sind z.B. die Verwaltung durch Kommunen oder eigens hierfür gegründete Genossenschaften. Außerdem ergeben sich Möglichkeiten zur Gründung von Kollektiven, da wertvolle Produktionsmittel in unsere Hände gelangen. ▶ ***Exkurs: Kollektive.***

In Berlin wird die Enteignung großer Wohnungsunternehmen diskutiert.

Ausblick

Enteignungen werden zurzeit vor allem in der Wohnungspolitik diskutiert, um die Mietpreis-Explosion zu stoppen und dem Staat die Kontrolle über den Wohnungsmarkt zurückzugeben. Angedacht sind sie dort allerdings mit Entschädigungen für die enteigneten Unternehmen – eine Vergesellschaftung von RWE müsste entschädigungslos sein, um mit dem Kapital des Unternehmens den solidarischen Strukturwandel zu finanzieren.

Die rechtlichen Grundlagen für eine Vergesellschaftung sind bereits heute mit **Artikel 15 des Grundgesetzes** gegeben – während der Finanzkrise ab 2008 ermöglichte das „Rettungsübernahmegesetz" die Enteignung von maroden Banken. Ob und auf welche Weise Enteignungen angesichts der drohenden Klimakrise genutzt werden, ist eine reine Frage des politischen Willens.

ZUM WEITERLESEN

- Vergesellschaftung - die Broschüre: t1p.de/vergesellschaftung
- Das Rote Berlin: Visionen zur Abschaffung des privaten Wohnungsmarkts t1p.de/rotes-berlin

Arbeiten im Revier

Bagger im Braunkohletagebau in Hambach im Jahr 2018.

Es ist nicht zu bestreiten - durch den Kohleausstieg werden tausende Menschen, auch im Rheinland, nicht wie gewohnt ihrer Erwerbsarbeit nachgehen können. Da der Ausstieg angesichts der globalen Erwärmung jedoch so schnell wie möglich kommen muss, stellt sich die Frage: Wie wollen wir ihn umsetzen,

ohne Menschen mit diesem Umbruch allein zu lassen?

Sofortmaßnahmen

Zuallererst müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die erste Wucht der Veränderung abfedzuern, die die Beschäftigten der Kohle-Industrie trifft. Diese wurden in anderen Fällen, in denen Konzerne schließen, erprobt und auch von Gewerkschaften gefordert.

Wir müssen – da steht auch die Umweltbewegung in der Pflicht – gemeinsam erreichen, dass bei einem kurzfristigen Kohleausstieg die **Löhne** derer **weiter gezahlt** werden, die kurz- oder mittelfristig beschäftigungslos sind. (Manager-Gehälter natürlich nicht in vollem Umfang.)

Bei einem kurzfristigen Kohleausstieg müssen die Löhne derer weiter gezahlt werden, die kurz- oder mittelfristig beschäftigungslos sind.

Es braucht bereits während der auslaufenden Kohleförderung ein umfangreiches **Umschulungsprogramm** für Arbeiter*innen, deren Kenntnisse **nur** im Kohlebergbau einsetzbar sind.

Viele von ihnen werden außerdem noch für Jahrzehnte im Rückbau der Tagebaue und Kraftwerke beschäftigt sein.

Alternativ sollen ältere Arbeiter*innen bei vollen Renten-Bezügen aus der Lohnarbeit ausscheiden können – wenn sie dies wünschen. Das sind sogenannte **Anpassungsmaßnahmen.**

Mittelfristig könnten nach der Auflösung von RWE alle verbleibenden Arbeiter*innen in eine öffentliche **„Beschäftigungsgesellschaft“**[6] übernommen werden, welche die erwähnten Maßnahmen garantiert und in der Praxis durchführt. Dadurch bleibt die wirtschaftliche Existenzsorge der Beschäftigten nicht ihr privates Problem am Markt, sondern wird von der Allgemeinheit getragen.

Umschulungsprogramme sichern Weiterbeschäftigung.

Diese Angebote an die Arbeiter*innen werden eine Menge Geld kosten. **Wie also finanzieren?**

Wir schlagen vor, uns das Geld aus dem Kapital von RWE zu holen!

▸ *Exkurs Vergesellschaftung*

Was ist Wohlstand?

Wenn wir darüber reden, wie wir das „wirtschaftliche Überleben" der Region sichern und zugleich den Wohlstand der hier lebenden Menschen erhalten wollen, sollten wir uns zuerst fragen, **was wir damit meinen.**

Wohlstand ist nicht allein durch den Kontostand oder die Gehaltszahlung zu messen (auch wenn das natürlich eine Rolle spielt). Wir alle wissen: Dafür braucht es auch eine intakte Nachbarschaft, eine liebevolle Dorf/Stadt/Stadtteil-Gemeinschaft, das Wissen, dass uns in Notlagen

Der Kohleausstieg muss für Beschäftigte sozial abgesichert werden.

geholfen wird, sowie eine intakte Umwelt. Und nicht zuletzt auch freie Zeit, die in vielen Arbeitsverhältnissen zu kurz kommt.

Damit diese Art des Wohlstands möglich wird, wollen wir ein **„Rheinland der Gemeinschaft“** schaffen.

▶ *Kapitel Miteinander*

Ökologisch-Soziale Arbeit in der Region

Schon vor dem Kohleausstieg hat das Rheinland ein Problem: Es ist abhängig von einem Großkonzern, von RWE. Geht es nach der Landesregierung, wird dies auch nach dem Strukturwandel so bleiben. Ein beliebiges anderes Unternehmen soll Fabriken bauen und Arbeitsplätze schaffen.

Wohlstand ist auch intakte Nachbarschaft.

Auf Profit ausgerichtete Unternehmen handeln nicht nach den Interessen der Gesellschaft oder ihrer Angestellten. Ihr Zweck ist es, Gewinne zu erzielen. Deswegen sind neue große Konzerne für uns keine Lösung: Die Gefahr von Betriebsschließungen oder der Verlagerung von Arbeitsplätzen, um Kosten zu sparen, wird immer über der Region schweben.

Kleinbetriebe und Kollektive

Eine Vielzahl von solidarischen Kleinbetrieben und Einzelhändler*innen wäre für uns das naheliegendste Gegenmittel. Sie stärken nicht nur die Dorf-und Stadtgemeinschaften, sondern machen die Region auch widerstandsfähig gegen wirtschaftliche Krisen. Das

*Einzelhändler*innen stärken die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Region.*

Scheitern einzelner Unternehmen bedroht dann weit weniger Menschen, als das bei Großkonzernen der Fall ist.

Aber viele von uns wollen an ihrer Wirkungsstätte noch mehr verwirklichen: Ein Arbeiten ohne Hierarchien, auf einer persönlichen Ebene, ohne Chef*in und den Zwang nach immer mehr Profit. Hierfür eignen sich Kollektive als besondere Form des Wirtschaftens. ▶ ***Exkurs Kollektivbetriebe***

Ehrlicherweise muss gesagt werden: Auch auf Kleinbetriebe wirken im heutigen Wirtschaftssystem „Marktzwänge“ von außen. Spitzengehälter und Karriereleitern lassen sich auf diese Art und Weise nicht verwirklichen, ein ausreichendes Einkommen schon. Die Region und die Gesamtgesellschaft müssen so organisiert werden, dass dies auch nicht nötig ist – etwa durch günstige Wohnmöglichkeiten für alle. Ein normales Gehalt muss für ein gutes Leben reichen!

Durch die Gründung von eigenen Betrieben und Kollektivbetrieben kön-

Das Scheitern einzelner Kleinbetriebe bedroht weit weniger Menschen, als das bei Großunternehmen der Fall ist.

Ein Element des sozial-ökologischen Wandels der Region könnte die Produktion von Solarzellen sein.

nen die Region und ihre Menschen selbst aktiv werden, um ihre eigene Zukunft zu gestalten. Ermöglicht werden sollte dies durch einen Fonds. Gefüllt mit Mitteln aus den Strukturwandelgeldern, kann er die nötige Anschubfinanzierung leisten. So würde das Geld, das von staatlicher Seite für den Strukturwandel bereit gestellt wird, direkt in die Region fließen, und nicht zu RWE. Ergänzen könnten dies faire Kredite ökologischer Banken oder des Staats.

Wir, die Menschen im Rheinland, können die Vision von einem sozi-

al-ökologischen Wandel selbst mit Leben füllen. Eine sich verändernde Gesellschaft braucht Solarzellen, Busse, Windkraftanlagen, ökologisch produzierte Lebensmittel und vieles mehr. Bisher waren der Kohlebergbau und der Beitrag zur Energieversorgung ein wichtiger Lebensinhalt für viele in der Region. Ist eine nachhaltige Transformation der Gesellschaft nicht eine ebenso sinnstiftende und wichtige Aufgabe?

Was ist Arbeit?

Wir wollen auch eine andere Frage im Blick behalten: **Was ist eigentlich der Zweck von Arbeit?** Nach allgemeinem Verständnis, nützliche oder angenehme Güter zu produzieren, Dienstleistungen zu erbringen oder für andere zu sorgen. Warum also führt es in diesem Wirtschaftssystem zu „Arbeitslosigkeit", zu Armut, wenn weniger gearbeitet werden muss? Wenn wir bestimmte Industriezweige – wie die Kohleindustrie – nicht mehr brauchen, wieso können wir dann nicht einfach weniger arbeiten, wenn alle lebensnotwendigen Güter weiterhin vorhanden sind?

Das Problem ist der gesellschaftliche Reichtum, der ungerecht verteilt ist. Bei Arbeitslosigkeit droht Armut.

8000 Menschen setzten sich im Juni 2019 bei „Kohle stoppen – Klima und Dörfer retten“ für nachhaltigen Strukturwandel ein.

Es geht also um Gerechtigkeit und Umverteilung. Für uns bedeutet Wohlstand auch, Zeit zu haben. Die Forderung nach **kürzeren Arbeitszeiten** ist ein Grundpfeiler der Arbeiter*innen-Bewegung, den wir uns zu eigen machen sollten.

Ausblick

Vieles Gesagte klingt, zugegeben, wie ferne Zukunftsmusik. Aber wir finden: Das könnte man über das eventuelle Ansiedeln von großen Firmen, die Arbeitsplätze schaffen sollen, auch sagen. Der Braunkohleausstieg wird kommen, früher oder später. Lasst uns das Rheinland darauf vorbereiten!

Viele stellen in diesen Monaten ihre Vorstellungen zum Strukturwandel vor: RWE, die Landesregierung, die Klimagerechtigkeitsbewegung... Es wäre von allen Seiten unredlich zu behaupten, dass der Wandel für die Region keine Probleme bringen wird. Doch wenn nur ein Teil des oben Skizzierten umgesetzt würde, wäre ein Anfang zum **guten Leben für alle** gemacht.

EXKURS

BASISDEMOKRATIE

Das grundlegende Ziel der Basisdemokratie ist es, dass Entscheidungen **unmittelbar und gleichberechtigt** von allen Mitgliedern einer Gruppe (z.B. Einwohner*innen eines Dorfes), also ihrer „Basis“ getroffen werden. Damit ist die Basisdemokratie eine Form der **direkten Demokratie,** in der alle,

die von einer Entscheidung betroffen sind, mitentscheiden dürfen.

Hiermit unterscheidet sich die Basisdemokratie von der repräsentativen Demokratie, die in Deutschland vorherrscht, in der Entscheidungen nur von einzelnen Repräsentant*innen einer Gruppe getroffen werden.

Ein wichtiges Element der Basisdemokratie ist, dass Entscheidungen im **Konsens** getroffen werden. Das bedeutet, dass hier – im Gegensatz zum Mehrheitsentscheid, den die meisten von uns gewohnt sind – alle mit einer Entscheidung zumindest zu einem gewissen Grad einverstanden sein müssen. Andernfalls wird ein Vorschlag diskutiert und gegebenenfalls abgeändert, indem Bedenken an dem bisherigen Entwurf mit eingearbeitet werden, bis irgendwann alle mit

einem Vorschlag einverstanden sind.

Das Gute an einer solchen Entscheidungsfindung ist, dass Minderheiten nicht einfach überstimmt werden können, sondern mit ihrer Meinung genauso gehört werden wie alle anderen auch.

Natürlich ist es ab einer gewissen Größe nicht mehr möglich, dass sich alle Mitglieder einer Gruppe (z.B. alle Einwohner*innen des Rheinischen Reviers) treffen, um miteinander zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. In diesem Fall werden aus einer kleineren Gruppe (z.B. aus jeder Nachbarschaft oder jedem Dorf) **Delegierte** ausgewählt, die das übernehmen. Im Gegensatz zu Repräsentant*innen, die Entscheidungen aus eigenen Überlegungen heraus treffen können, sind Delegierte aber **direkt an die Gruppe, für die sie sprechen, gebunden.**

Im besten Fall wird ihre Rolle auch regelmäßig in der Gruppe weitergegeben.

Gemeinsam alles erreichen

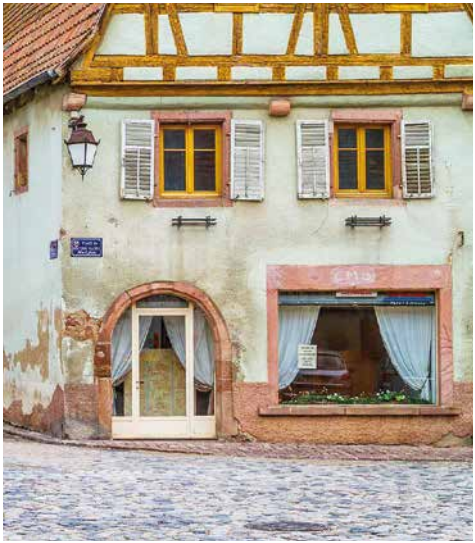
Tausende Menschen bildeten im Sommer 2017 eine Kette um den Hambacher Wald. Sie traten für den Stopp des Kohleabbaus ein.

Selbstverständlich sind für die Gestaltung des Strukturwandels technische und praktische Ideen notwendig – so wie in den beiden vorherigen Kapiteln beschrieben. Doch um diese umzusetzen und auch um einen bestmöglichen Umgang mit den **Entscheidungen,** die mit dem Strukturwandel auf uns zukommen, und damit verbundene Sorgen, Herausforderungen und Chancen zu finden, braucht es noch mehr – vor allem mehr **gemeinsames Handeln.** Wie und wieso, haben wir hier skizziert:

Warum wollen wir selbst entscheiden, wie der Strukturwandel aussieht?

Der derzeitige Plan der Landesregierung Nordrhein-Westfalen sieht vor,

dass sie entscheidet, wie der Strukturwandel im Rheinischen Revier verläuft. Wahrscheinlich wird es einige „Beteiligungsverfahren“ geben, in denen Wünsche geäußert werden können, von denen dann vielleicht wenige berücksichtigt werden. Es ist dieselbe Regierung, die jahrzehntelang gemeinsam mit RWE die Menschen ihrer Heimat beraubt, den guten Boden für die Landwirtschaft zerstört und Wald und Natur riesige Schäden zugefügt hat. Sie hat uns Jahrzehnte überhört und übergangen. Kein Wunder also, wenn wir nicht darauf vertrauen wollen, dass in Zukunft unsere Stimmen gehört werden. Dabei wissen wir selbst am besten, was es für unsere Region nun braucht, denn wir sind



Der Strukturwandel im Revier ist bereits in vollem Gang. Jetzt ist die Frage, wollen wir darüber entscheiden oder sollen das andere tun?

diejenigen, die vom Strukturwandel und damit verbundenen Änderungen direkt betroffen sind. Deshalb sollte es nicht nur „Mitbestimmung“ für uns geben, sondern **Selbstbestimmung.**

Wie werden die Gelder vom Bund, die ins Rheinische Revier fließen sollen, eingesetzt? Welche Infrastruktur brauchen und wollen wir? Was soll mit den ehemaligen Tagebauen passieren? Ein See? Ein Solarkraftwerk? Ein interaktives Museumserlebnis, das an die Zerstörung erinnert? Welche Arbeitsfelder sollen entstehen? Wie wollen wir arbeiten?

Diese wichtigen Fragen und noch viele mehr gilt es zu beantworten. Wir können das der Regierung überlassen oder es selbst in die Hand nehmen.

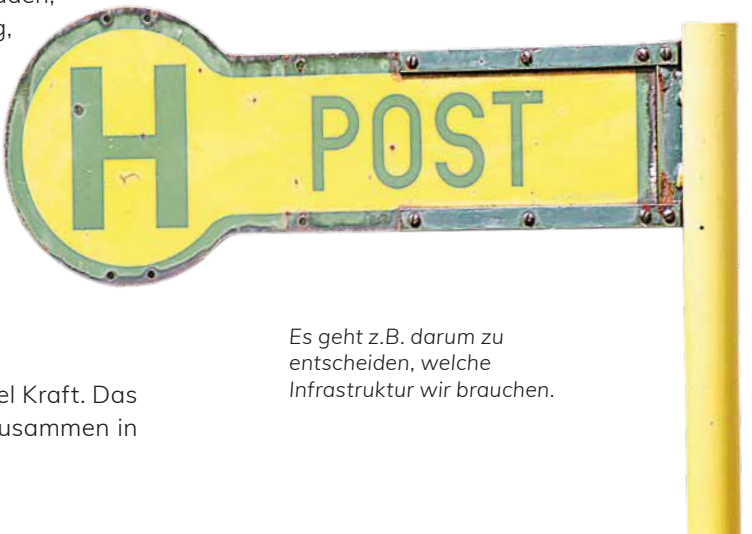
Jahrzehntelang wurden dörfliche Strukturen ausgedünnt: Geschäfte, Kneipen und Räume für Kinder, Jugendliche und Senior*innen sind geschlossen; viele Dorfbewohner*innen sind schon weggezogen und RWE sät

Deshalb sollte es nicht nur „Mitbestimmung“ für uns geben, sondern Selbstbestimmung.

weiter Misstrauen und Missgunst. Gemeinsam zu handeln und entscheiden bietet uns die Chance, wieder zusammen zu kommen. Wir kommen miteinander ins Gespräch über Alltägliches, über Sorgen und Freuden, sehen uns regelmäßig, freunden uns vielleicht an. Wir stärken unsere Gemeinschaft, die ein Netz sein kann, in dem wir füreinander da sein, Aufgaben teilen und uns unterstützen können.

Warum können wir selbst entscheiden?

Im Gemeinsamen liegt viel Kraft. Das erfahren wir, wenn wir zusammen in Vereinen Sport oder Musik machen oder Feste und Veranstaltungen organisieren. Das erfahren wir, wenn die Nachbar*innen auf unsere Kinder aufpassen, uns bei Renovierungsar-



Es geht z.B. darum zu entscheiden, welche Infrastruktur wir brauchen.

beiten helfen oder uns zum Bahnhof mitnehmen, wenn kein Bus mehr fährt.

Und auch im Widerstand gegen den Braunkohleabbau haben wir die **Erfahrung** gemacht, dass wir bei allen Rückschlägen **durch gemeinsames Handeln Großes bewirken** können. Wer hätte vor zwei Jahren gedacht, dass es einmal eine Kohlekommission geben würde? Wer, dass wir darin vertreten sind? Wir haben gelernt und lernen, wie es möglich ist, gemeinsame Entscheidungen zu treffen, bei denen möglichst niemand übergangen wird. Etwas, das die Regierung in den sel-

Unter Druck: Energieminister Peter Altmaier muss sich den Fragen der Fridays-For-Future-Bewegung stellen.

Die Region hat Veränderungen erlebt. Wir können den Strukturwandel selbst gestalten.

tensten Fällen schafft ▶ ***Exkurs „Basisdemokratie“***.

Viele von uns leben bereits seit Jahren und Jahrzehnten in der Region. Wir haben viele Veränderungen miterlebt, konnten sehen, welche gut und welche schlecht waren. Wir wissen selbst am besten, woran es uns fehlt – und wovon es zu viel gibt. Dadurch haben wir ein ganz besonderes **Gespür für diese Region.**

Wir haben also die Erfahrungen, gemeinsam Großes zu organisieren und die Ideen, was es in der Region braucht. Wir können auch unseren Strukturwandel selbst gestalten. Dabei gibt es nicht den einen richtigen Weg, aber es ist an der Zeit zusammen verschiedene auszuprobieren.

Dabei gibt es nicht den einen richtigen Weg, aber es ist an der Zeit zusammen verschiedene auszuprobieren.

Was sind die Herausforderungen und wie können wir ihnen begegnen?

Gemeinsame Entscheidungen zu finden ist aufwendig. Es braucht Räume, Zeit, Geduld und Organisation. Dabei steht auch infrage, ob es überhaupt möglich ist, zu gemeinsamen Entscheidungen zu kommen. Es könnte frustrierend sein.

Viele Menschen haben bereits negative Erfahrungen mit gemeinsamen Projekten gemacht – hatten den Eindruck übergangen zu werden, doch nichts zu erreichen, haben sich mit anderen zerstritten und letztendlich das Gefühl: „Das war's nicht wert". Damit sich diese negativen Erfahrungen in der Zukunft nach Möglichkeit nicht wiederholen, können wir **Methoden** ausprobieren, die anderen Menschen und Gruppen bereits bei ihren Projekten geholfen haben, seien es eine gut strukturierte Moderation, Onlineplattformen zum Informations- und Meinungsaustausch oder faire Ent-

scheidungsverfahren. ▶ ***Exkurs „Basisdemokratie“***

Bei 40-Stunden-Jobs, der Pflege von Eltern, Großeltern und Kindern und all den anderen Verpflichtungen, die das Leben so mitbringt, mag die Vorstellung, sich um sämtliche Entscheidungen selbst zu kümmern, abschreckend sein. Doch nicht jede Entscheidung muss tatsächlich von allen gemeinsam getroffen werden – es braucht **Arbeitsteilung,** aber gleichzeitig für jede*n die Option, alle Entscheidungen mit treffen zu können. Außerdem müssen wir langfristig die Rahmenbedingungen ändern, sodass mehr Zeit frei wird, um sich diesen Vorhaben zu widmen, z.B. eine deutliche Verminderung der Wochen(lohn)arbeitsstunden. ▶ ***Kapitel „Arbeiten im Revier“***

Es existieren nur noch wenige **Räume, in denen wir zusammenkommen können.** Räume, in denen wir uns (wieder/noch) besser kennenlernen, uns austauschen und uns in unserem Alltag entlasten können. Orte, an denen wir gemeinsame Strategien entwickeln und gemeinsame Entscheidungen treffen können. Orte, in denen auch ein Kino, ein Jugendzentrum oder eine Fahrradwerkstatt sein können. Das heißt Räume, die wir auch selbst nach unseren Bedürfnissen gestalten können.

Nun wird es also darum gehen, solche Räume aus- und an vielen Stellen (wieder) aufzubauen. Räume, die z.B. durch den Rückzug von RWE aus der Region freiwerden oder durch das Ende des Kohleabbaus bestehen und wieder genutzt werden können.

Und teilweise gibt es sie auch schon, beispielsweise die Alte Schule

Wir können zusammenkommen, um Entscheidungen zu diskutieren.

in Wanlo, die als Dorfgemeinschaftshaus generationenübergreifend mit Freizeit- und Weiterbildungsangeboten als Begegnungsort und Treffpunkt

Die Alte Schule in Wanlo soll als Dorfgemeinschaftshaus dienen.

dienen soll. Doch auch Gemeinde-, Vereinsräume oder Kneipen haben früher Platz für Gemeinschaft geboten und tun dies an den Orten, an denen es sie noch gibt, auch heute.

Es geht also nicht um etwas völlig Neues, sondern vor allem um ein **Stärken und Wiederaufbauen** dessen, was es schon gibt und gab. Hierdurch bringen wir auch wieder mehr Leben in die Dörfer – und setzen der Entwicklung der letzten Jahrzehnte, in denen viele Angebote durch die wachsende Bedrohung der Abbaggerung verschwunden sind, etwas entgegen.

Bei diesen Veränderungen im Revier wollen wir mit allen zusammenarbeiten, die sich daran beteiligen wol-

ZUM WEITERLESEN

Detaillierte, einfach verständliche und sehr schöne Broschüren zur Frage: „Wie kann ich mich mit anderen Menschen gemeinsam engagieren?“

- **Solidarity will win. Alles eine Frage der Organisierung** (Interventionistische Linke Berlin) t1p.de/will-win
- **Zusammentun. Wie wir uns gemeinsam gegen den Mietenwahnsinn wehren können** (AG Starthilfe des Mieter*innenprotests und der Kampagne Deutsche Wohnen und Co enteignen) t1p.de/zusammentun

len, den Strukturwandel zu nutzen, um das Rheinland und die Dörfer gemeinschaftlich zu gestalten – ob Schulen, Vereine, Wohlfahrtsverbände, Kirchengemeinden oder Initiativen. Nur so kann es uns gelingen, unsere Ideen auch langfristig umzusetzen.

Durch diese Ideen kann mit dem Strukturwandel das Rheinische Revier zu einem **Rheinland der Gemeinschaft** zusammenwachsen.

Eine Region, in der Entscheidungen von denen getroffen werden, die von ihnen betroffen sind.

Eine Region, in der Dörfer wieder lebenswert sind.

Eine Region, in der die Menschen einander kennen und füreinander da sind.

In Kollektiven geht es um gleichberechtigtes Arbeiten.

EXKURS

KOLLEKTIVBETRIEBE

Kollektive sind eine spezielle Form, um die Produktion von Gütern oder Dienstleistungen zu organisieren. In „normalen" Unternehmen steht der Profit im Vordergrund des Handelns – im Fall von Konzernen sogar der von Aktionär*innen. Aber auch Kleinbetriebe sind durchzogen von Machtstrukturen: Ein*e „Eigentümer*in" bestimmt, Angestellte haben zu folgen. Und kein Unternehmen kann sich dem

*Im Sommer 2007 besetzten ca. 120 Arbeiter*innen einer Fahrradfabrik in Nordhausen über 4 Monate ihr Werk und stellten in Selbstorganisation „Strike Bikes“ her.*

Wachstumszwang entziehen, der die kapitalistische Gesellschaft prägt. Wenn wir eine Wirtschaftsordnung wollen, in der die **Erfüllung von Bedürfnissen** im Vordergrund steht, sollten wir uns anders organisieren.

Grundgedanke und Organisation

In Kollektiven steht ein gleichberechtigtes Arbeiten in angenehmen Verhältnissen im Vordergrund. Wirtschaftliches Ziel ist die Sicherung des Lebensunterhalts – der Zwang zur Ausweitung und zur Profitmaximierung wird dadurch unterlaufen. Kollektive bestehen

meist aus wenigen Menschen. Sie sind basisdemokratisch organisiert, ohne „Chef*in“.

▸ ***Exkurs Basisdemokratie***

Entscheidungen zu Ausgaben, Preis, Höhe des Lohns usw. werden von allen gemeinsam getroffen - das bedeutet, dass wir innerhalb von Kollektiven die Möglichkeit haben, soziales und ökologisches Wirtschaften **direkt umzusetzen.**

Da es die Rechtsform „Kollektiv“ derzeit nicht gibt, kann ein Kollektiv nach außen hin ein Verein, eine Genossenschaft oder ein ganz normaler Kleinbetrieb sein. Wichtig ist dann dabei, dass die offiziellen „Eigentümer*innen“ des Betriebs innerhalb des Kollektivs nicht mehr Macht haben als jede*r andere.

Ausblick

Ein großer Vorzug dieser Selbstverwaltung ist die eigene Gestaltungsfähigkeit. Kein*e Chef*in

Wir haben in Kollektiven die Möglichkeit, soziales und ökologisches Wirtschaften direkt umzusetzen.

kann eine Kollektivgruppe daran hindern, ihre Arbeit so zu gestalten, wie sie es möchte. Kollektive bieten außerdem eine starke **soziale und ökonomische Sicherheit,** da die Gemeinschaft Risiken gemeinsam trägt und sich gegenseitig unterstützt.

Ein großes Problem ist dagegen, dass Kollektivbetriebe heute nach außen hin Marktzwängen ausgesetzt sind – sie stehen in Konkurrenz zu kapitalistisch organisierten Unternehmen, was ethisches und sozial-ökologisches Handeln oft erschwert.

Dieses Problem ist allerdings gleichzeitig der größte Vorteil: Durch ihren basisdemokratischen Aufbau sind sie sozusagen **„Sozial-Ökologische-Gesellschaft-Ready“**[7]. Sie passen zu einer Wirtschaftsordnung, die Profit und Wachstum hinter sich gelassen hat – und können deshalb den Übergang dorthin erleichtern.

ZUM WEITERLESEN

- Berliner Kollektivbetriebe stellen sich vor: www.kollektiv-betriebe.org
- Kunst des Scheiterns: Ideen und Erfahrungen mit kollektivem Wirtschaften kds.grupponet.org

WIEVIEL KAPITAL GEWINNEN WIR BEI

Dies ist nur eine grobe Schätzung. Für eine genaue Errechnung des Betrages bedarf es der Durchführung einer ökonomischen Studie.

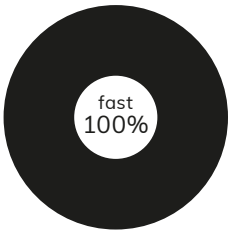
Für die Schätzung haben wir die Bilanzen von RWE Power (Tochterfirma, die die Kraftwerke im Rheinland betreibt) und der RWE AG, dem Mutterkonzern, untersucht.

Die **Differenz** zwischen den **Aktiva** (z.B. Barvermögen, Immobilien) und den **Verbindlichkeiten** (z.B. Rückstellungen für Renten oder Schulden) von RWE Power beträgt

ca.

1,8

Milliarden Euro



Fast alle Mitarbeiter*innen arbeiten im Rheinland. Der Betrag kann daher komplett hier verwenden werden. Andernfalls müssten die Mittel mit anderen Regionen geteilt werden.

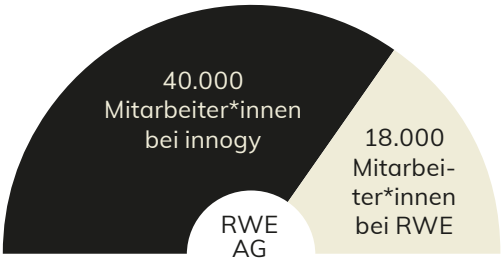
EINER ENTEIGNUNG VON RWE?

Bei der RWE AG sind bei dieser Rechnung 14,257 Milliarden Euro „frei“. Nach Entschädigung der Kommunen für verlorene Anteile (Auszahlung des Marktwerts der Aktien) verbleiben

etwa

10

Milliarden Euro



Bei der RWE AG haben wir mit der Gesamtmitarbeiter*innenzahl gerechnet – wenn RWE aufgelöst wird, müssen auch anderswo Sozialmaßnahmen bezahlt werden. Im RWE Konzern arbeiten ca. 58.000 Menschen – 40.000 davon jedoch im Unternehmensbereich innogy, der Stromnetze und (in kleinem Maßstab) erneuerbare Kraftwerke betreibt. ▶

Die Mitarbeiter*innen von innogy gehören zum einen durch den Verkauf an E.ON teils bald nicht mehr zum RWE-Konzern, zum anderen können ihre Arbeitsplätze auch bei

100%

erneuerbarer Stromproduktion erhalten werden.

ca. 5,7 Milliarden Euro

Von den 18.000 übrigen Mitarbeiter*innen arbeiten 10.000 bei RWE Power im Rheinland – demnach könnte gut die Hälfte des Betrages hier verwendet werden. Das sind ca. 5,7 Milliarden €.

DAS ERGIBT ZUSAMMEN EINEN BETRAG VON ETWA

7,5 Milliarden Euro

Dieser Betrag steht unter dem Vorbehalt, dass die entsprechenden Vermögensgüter auch in Geld umgewandelt werden können. Bei den Kraftwerken ist dies z.B. nicht möglich, wobei diese, da sehr alt, durch Abschreibungen keinen großen Wert in der Bilanz aufweisen sollten.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Lena Schmitz,
Vorgebirgsstraße 111,
50969 Köln
Eigendruck im Selbstverlag

Alle Fotos unterliegen freien Lizenzen. Sie sind auf Seite 70 detailliert aufgeführt.

Gesetzt mit der freien Schrift Muli von Vernon Adams.

Nach dem Lesen...

Und was denken Sie? Sehen Ihre Visionen für das Rheinische Revier ähnlich aus? Oder haben Sie ganz andere Ideen?

Wir haben mit dieser Broschüre keinen Masterplan für die kommenden Jahrzehnte geschrieben, den es nun Stück für Stück abzuarbeiten gilt. Aber wir wollen dazu **anregen, selbst Visionen für den Strukturwandel zu entwickeln** und ihre Verwirklichung gemeinsam in die Hand zu nehmen. Und wir wollen ins Gespräch miteinander kommen.

Dabei sehen wir den Strukturwandel als einen langen Weg, auf dem wir immer wieder Hindernissen und neuen Ideen begegnen werden und ihn deswegen verändern. Doch anstatt auf der Stelle zu treten und uns in realitätsferner Entwicklung

von Konzepten zu verlieren, wollen wir nun **gemeinsam erste Schritte auf dem Weg der Veränderung machen.**

Das „Rheinland der Gemeinschaft“, das wir hier skizziert haben, kann dabei noch weiter ausbuchstabiert werden. Wir müssen und wollen über Mobilität, Wohnen, Natur- und Umweltschutz, Bildung und vieles mehr sprechen. Diese Broschüre ist also erst ein Anfang.

Wenn Sie mit uns über die Broschüre sprechen möchten, Fragen haben oder uns Feedback geben wollen, dann schreiben Sie an: ✉ rheinland_der_gemeinschaft@systemli.org
Wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen!

GLOSSAR

Arbeiter*innen-Bewegung

Politische Bewegung, die während der Industrialisierung in vielen Ländern entstand. Arbeiter*innen setzen sich gemeinsam durch Demonstrationen, Streiks und Revolutionen für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine gerechte, solidarische Gesellschaft ein.

Gewerkschaften kämpfen z.B. für höhere Löhne.

Beteiligungsverfahren

Vor allem auf kommunaler Ebene können Bürger*innen in politische Entscheidungen und Planungen mit einbezogen werden. In der Regel geht diese Form der Beteiligung über die bloße Wahl von

politischen Vertreter*innen hinaus, es existieren aber eine Vielzahl von Möglichkeiten, z. B. Bürger*innenentscheide oder auch Bürger*innensprechstunden.

Flächengesellschaft

Hier: Eine demokratisch kontrollierte Organisation, die die Reparatur der durch RWE verursachten Schäden praktisch umsetzt.

Fonds

Hier: Bereitgehaltenes Geld (z. B. beim Staat oder einer gemeinnützigen Institution), das als Darlehen oder Zuschuss zur Gründung von Klein- und Kollektivbetrieben genutzt werden kann.

Genossenschaft

Demokratisch organisierte Wirtschaftsgemeinschaften. Einzelpersonen können gegen eine finanzielle Einlage Mitglied werden und erhalten dadurch Stimmrecht bei Entscheidungen zurBetriebsführung, ohne selbst dort zu arbeiten. Beispiele für Genossenschaften sind die taz oder die GLS-Bank.

Initiative

Gemeint sind hier v. a. Bürger*inneninitiativen, das heißt Zusammenschlüsse von Einzelpersonen zur Vertretung ihrer Interessen, z. B. im politischen, sozialen oder ökologischen Bereich.

Kapitalismus

Wirtschaftssystem, das im 18. Jahrhundert etabliert wurde, heute dominant in den meisten Ländern der Welt. Die

Produktion von Waren wird nach Profit geregelt, die Verteilung danach, wer mehr Geld hat. Die Bedürfnisse vieler Menschen und ökologische Interessen bleiben dabei außen vor.

Klimagerechtigkeits-bewegung

Junge politische Bewegung, entstanden in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends. Kämpft gegen die Ungerechtigkeit, dass diejenigen, die die Klimakrise am wenigsten verursachen, am härtesten von ihr getroffen werden. Das sind z. B. arme Menschen, vor allem in nicht-Industrieländern, Frauen oder nicht-weiße Menschen.

Klimakonferenz in Paris

Seit 1990 finden jährlich Weltklimakonferenzen statt, an denen alle Staaten der Welt beteiligt sind. 2015 wurde in Paris beschlossen, dass die Erderwärmung auf 1,5°C begrenzt werden soll. An den Konferenzen gibt es immer wieder Kritik, weil keine wirksamen, verpflichtenden Schritte beschlossen werden und Industrieländer dort zu viel Einfluss haben.

Klimakrise

Im Gegensatz zu „globaler Erwärmung“ und „Klimawandel“ drückt dieser Begriff aus, welche Katastrophe die Klimaerwärmung für viele Menschen auf der Erde bedeutet – unabhängig vom Streit zwischen Wissenschaftler*innen und „Klimaskeptiker*innen“.

Kohlekommission

Abkürzung für die 2018 von der deutschen Bundesregierung eingesetzte „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Die Kommission sollte Empfehlungen für Maßnahmen bezüglich des Strukturwandels in den deutschen Braunkohlerevieren im Rahmen des Kohleausstiegs erarbeiten. In der Kommission saßen Vertreter*innen aus Industrie und Wirtschaft, Umweltverbänden und Braunkohleregionen.

Marktzwänge

Mechanismen, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem Unternehmen zwingen, sich marktkonform zu verhalten. Z. B. muss ein Auto-Teile-Zulieferer im Wettbewerb bestehen und billige Teile anbieten. So ist es oft unmöglich, Mitarbeiter*innen angemessen zu bezahlen oder auf klimafreundliche Produktion zu achten.

Auto-Teile-Zulieferer fertigen z.B. Felgen.

Mobilität

Hier ist die Räumliche Mobilität gemeint,

das heißt die Beweglichkeit von Menschen, Waren/Dienstleistungen oder Daten in einem bestimmten Raum. Nicht zu verwechseln mit Verkehr, der einen Teilbereich der räumlichen Mobilität darstellt und die tatsächliche Bewegung in einem bestimmten System, z.B. auf Straßen, Schienen, Wasserstraßen oder Luftverkehr, bezeichnet.

Onlineplattform

Seiten im Internet, auf denen sich Menschen oder verschiedene Akteur*innen miteinander vernetzen, austauschen und zusammen organisieren können.

Produktionsmittel

Gegenstände, Gebäude oder Flächen, die zur Produktion von Gütern benötigt werden. Das können z.B. Maschinen in einer Fabrik oder auch Ackerflächen sein.

Renaturierung

Rückbau der Tagebaue und Kraftwerke in

Im Internet kann die Vernetzung nur einen Mausklick entfernt sein.

einen möglichst naturnahen Zustand.

Rheinisches Revier

Kurzform für Rheinisches Braunkohlerevier und Bezeichnung für das größte Bergbaurevier Europas. Es umfasst eine Fläche von etwa 2.500 km² zwischen Mönchengladbach, Köln und Aachen.

Strategie

Zielorientiertes ganzheitliches Vorgehen oder auch ein langfristiger Plan. Strategie unterscheidet sich von einer kurzfristigen Taktik, die aber Teil einer Strategie ist.

Strukturwandel

Bezeichnet in diesem Zusammenhang eine tiefgreifende Veränderung der Wirtschaftsstruktur einer Region. Hierfür gibt es verschiedene Ursachen, z. B. dass notwendige Ressourcen für eine Branche vor Ort nicht mehr vorhanden sind oder ihre Nutzung nicht mehr vorgesehen ist, wie das im Rheinischen Revier der Fall ist.

Strukturwandelgelder

Mittel, die im sogenannten „Kohlekompromiss" der Kohlekommission für den Strukturwandel in den Braunkohlerevieren versprochen wurden. Sind noch nicht gesetzlich verankert, gelten aber als sehr wahrscheinlich. Im Gesetzentwurf der Bundesregierung von Ende August 2019 sind 40 Milliarden € für die Braunkohlereviere vorgesehen.

Tagebau-Restseen

Nach Verfüllung der Tagebaue mit dem Abraum bleiben trotzdem Löcher zurück, da viel Kohle entnommen und verbrannt wurde. RWE plant, diese mit Wasser zu füllen, sodass große Seen entstehen. Die technischen und ökologischen Folgen davon sind umstritten.

Wachstumszwang

Durch den Wettbewerb im Kapitalismus sind Unternehmer*innen gezwungen, ihre Waren immer günstiger anzubieten, und damit pro Stück immer weniger Profit zu machen. Um ihr Unternehmen profitabel zu halten, müssen die meisten deshalb regelmäßig die Produktion ausweiten.

Um im Wettbewerb zu bestehen, müssen Unternehmen ihre Produktion ausweiten.

Wohlfahrtsverband

Zusammenschluss zahlreicher kleinerer Vereine und Organisationen, die im sozialen Bereich und dem Gesundheitswesen tätig sind. Außerdem sind sie nicht-staatlich und dienen dem Gemeinwohl, also dem Wohl der Menschen. Zu den größten Wohlfahrtsverbänden in Deutschland gehören Caritas, Diakonie und AWO.

ENDNOTEN

1 Energy-Brainpool: Substition der Braunkohlekraftwerke im rheinischen Revier durch Erneuerbare Energien, Seite 20; Twh = Terra-WattStunden.

2 67,2 TWh im Jahr 2018

3 Greenpeace Energy: Factsheet RheinRevier-Wende, Seite 3.

4 Bundesnetzagentur: Monitoringbericht 2018, Seite 29.

5 Dieser Wert ist grob überschlagen – siehe Ausführung auf Seite 54

6 Eine „Beschäftigungsgesellschaft“ führt die oben genannten Hilfen für RWE-Arbeiter*innen durch. Hierfür werden diese dort angestellt, um den juristischen Rahmen zu schaffen. Aus Greenpeace Energy: „Konzept RheinRevierWende“, S. 4.

7 Bereit für den Übergang in eine sozial-ökologische, solidarische Gesellschaft.

Wie ist diese Broschüre entstanden?

Als Autor*innen engagieren wir uns seit Jahren politisch im Rheinischen Revier – während zahlreicher Gespräche vor Ort ist dann die Idee zu dieser Broschüre entstanden. Stück für Stück wurden die Texte geschrieben, und dann immer wieder in kleiner und größerer Runde diskutiert – mit Aktiven der Klima-Gerechtigkeits-Bewegung, Menschen aus den von der Braunkohle bedrohten Dörfern sowie Gewerkschafter*innen. All ihre Meinungen und Anregungen sind in diese Broschüre eingeflossen.

Gespräche auf dem Klimacamp im Rheinland im Jahr 2015.

Die Autor*innen

LAAG Die Lokale Anknüpfungs-AG (LAAG) trifft sich regelmäßig in Köln. Wir planen Aktionen, die das Bündnis zwischen Klimagerechtigkeitsbewegung und Anwohner*innen im Revier stärken sollen – gemeinsame Demos, Infostände, Filmabende und vieles mehr.
la_ag@riseup.net

IL Köln Die Interventionistische Linke (IL) ist ein Zusammenschluss linksradikaler, emanzipatorischer Gruppen und Einzelpersonen aus dem deutschsprachigen Raum und setzt sich für eine solidarische, ökologische Gesellschaft ein. Wir sind unter Anderem in sozialen, antirassistischen, feministischen und Klimakämpfen aktiv.
www.interventionistische-linke.org

FOTOS

Titelfoto Tim Wagner/Alle Dörfer, flic.kr/p/2g3KG2s, CC BY 2.0 • **Seite 9** Christian Reimer, flic.kr/p/rQQBqW, CC BY-SA 2.0 • **Seite 11** Gone Coastal, flic.kr/p/UreG5Z, CC BY-SA 2.0 • **Seite 12** Promo Landis & Gyr • **Seite 13** Benita Welter auf Pixabay • **Seite 15** Markus Maschinenjunge, flic.kr/p/PH4T9d, CC BY-NC 2.0 • **Seite 16** Herbert Aust auf Pixabay • **Seite 17** Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg, flic.kr/p/hutX4b, CC BY-SA 2.0 • **Seite 19** Jörn Neumann/Campact, flic.kr/p/2aw4Lc5, CC BY-NC 2.0 • **Seite 20** Bundesarchiv, Bild 183-J0908-0600-005, commons.wikimedia.org, CC-BY-SA 3.0 • **Seite 22** Andreas160578 auf Pixabay • **Seite 24** Uli Buschhaus, Rechteinhaber bitte bei Herausgeber melden • **Seite 27** Arbeitgeberverband Gesamtmetall, flic.kr/p/6GGXbE, CC BY-ND 2.0 • **Seite 28** BUND Bundesverband, flic.kr/p/XAxmqy, CC BY-NC-SA 2.0 • **Seite 29** Last Hero, flic.kr/p/6AJX8s, CC BY-SA 2.0 • **Seite 30** monsieur ADRIEN, flic.kr/p/2e7FdyF, Alle Rechte vorbehalten • **Seite 32** skeeze auf Pixabay • **Seite 33** nachdenken-in-muenchen.de, Ver.di Jugend • **Seite 34** Jörg Farys/BUND, flic.kr/p/2gj8yBL, CC BY-NC 2.0 • **Seiten 35 - 37** Karen Arnold auf Pixabay • **Seite 38** Jörg Farys/BUND, flic.kr/p/WPFqfA, CC BY-NC-SA 2.0 • **Seite 40** Jean-Marie Clausse, flic.kr/p/WVck69, CC BY-NC-ND 2.0 • **Seite 42** Dennis Gries auf Pixabay • **Seite 43** Jörg Farys/WWF/FridaysForFuture Deutschland, flic.kr/p/2ekmUpu, CC BY 2.0 • **Seite 44** DarkWorkX auf Pixabay • **Seite 46** kellerabteil, flic.kr/p/8RLMLp, CC BY-NC 2.0 • **Seite 47** netzvitamine, flic.kr/p/bDEyd3, CC BY-NC 2.0 • **Seite 48** Herausgeber*innen • **Seite 50** Sebastian Šoška auf Pixabay • **Seite 51** Strike Bike - Eine Belegschaft wird rebellisch, neuerispverlag.de und intersoz.org, Film: youtu.be/_Jd27Ajyq2c, CC BY-NC-SA 3.0 • **Seite 58** Herausgeber*innen • **Seite 61** Andy Giraud auf Pixabay • **Seite 62** Photoshot auf Pixabay • **Seite 64** Marc Carnicé auf Pixabay • **Seite 68** Paul Wagner/350.ORG, flic.kr/p/L1WqqW, CC BY-NC 2.0

Was kommt nach der Kohle?

Diese Frage sollten sich mittlerweile im Rheinland alle stellen – Gegner*innen der Braunkohle genauso wie Befürworter*innen. Was können wir tun, damit in Zukunft die Region nicht mehr von Unternehmen und Staat abhängig ist? Und wie können wir diesen Weg **zusammen** gehen, von RWE-Arbeiter*innen bis zu Umsiedlungsbetroffenen?

Unsere Broschüre geht diesen Fragen nach und versucht dabei eine Vision von einer gerechten, solidarischen und nachhaltigen Region zu entwerfen – dem **Rheinland der Gemeinschaft.**